

Friedensschalmeien.

Der fröhliche Debatten im englischen Unterhaus über die Flotte steht, wird erkannt sein, mit welcher Feindseligkeit sich immer wieder eine große Anzahl der Abgeordneten gegen Deutschland und seinen Flottenbau wendet, während die Regierung sich stets ziemlich kühl und zurückhaltend verhält. Das scheint jetzt anders geworden zu sein. Hat sich's doch bei der letzten großen Flottenrede etwas ereignet, daß auch Italiens mit einer gewissen Befürchtung sprachen und dem Deutschen Reich Gerechtigkeit widerfahren ließen. Der Vertreter der Regierung aber, der einen Ausblick über

die internationale Lage

gab, sprach von Deutschland in Worten, die die Hoffnung zulassen, daß langsam sich wirklich eine Besserung der einst so gespannten Beziehungen zwischen England und Deutschland ordnet. Der Staatssekretär des Außen, Grey, delanierte sich seinerseits zu den

Worten des deutschen Reichskanzlers, der im Dezember im Reichstag gelangt hatte, die deutsche Regierung begnügte sich mit der englischen in dem Wunsche, daß Misstrauen der Käfer gegenseitig überwunden werden. Und der Staatsmann fuhr fort: „Wenn ich befürchte, was alles in der Presse veröffentlicht oder gemurmelt worden ist, so würde man erstaunt sein, zu erfahren, wie leicht es jederzeit innerhalb der letzten Jahre gewesen ist, ich will nicht sagen, eine Einigung zu erreichen, wohl aber Rücksichtnahme zwischen den beiden Regierungen im heimlichen Sinne zu treffen. Das bedeutet keine Anerkennung der Politik auf unserer Seite. Wir haben nicht den Wunsch, obels zu stehen, und wir halten nicht den Wunsch, daß unsre Beziehungen zu irgend einer Macht so beschaffen sein sollten, daß dadurch

herzliche Beziehungen zu Deutschland unmöglich würden. Man hat von den Großmächten Europas gesagt, daß sie gekennte Europa bilden. Das stimmt; aber während der letzten fünf Jahre schwanden die Anlässe, die diese Gruppen in Widerstreit miteinander hätten bringen können, mehr und mehr. Es ist nun ein Abkommen mit Deutschland angeregt worden. Dazu ist indessen ein sehr vorstelliges Vorgehen notwendig.“ — Mit nicht unkundiger Deutlichkeit wandte sich der Minister gegen die Schreie nach einer Beschränkung der Abnahmen“ und erklärte, daß er und die Regierung nur zu haben seien für ein Abkommen über die

„Vorderzeitige Beschränkung der Ausgaben“.

Ein Abkommen könnte vielleicht zu einer Verlangsamung der Ausgaben führen oder dazu, daß das gegenwärtige Programm Deutschlands seine Stärkung erfahren würde. Alles dies könnte Gegenstand der Erörterung zwischen beiden Regierungen sein, und es wäre in jeder Beziehung vorteilhaft, wenn ein Abkommen erzielt werden könnte. Aber Herr Grey ging noch weiter. Er bezeichnete das Abkommen mit Deutschland nur als eine untergeordnete Frage im Vergleich mit dem Bielefeld, das England erstrebt: eine Verringerung der Ausgaben für Ausbildungszwecke in der ganzen Welt. Mit seinen klaren Ausführungen ist Herr Grey von jenen Leuten in England und Deutschland abgerückt, die bisher immer behauptet haben,

Deutschlands Widerstand habe eine Verständigung über die Beschränkung der Ausgaben oder gar über die Abstufung unmöglich gemacht. Indem sich der englische Regierungsvorsteher ganz unumwunden und ohne diplomatische Sprachflunkerei gegen diese Verhandlung wandte, hat er dem Frieden mehr gedient, als wenn er dem ewigen Frieden ein Dokument gelungen hätte — hat er der deutsch-englischen Verständigung mehr gedient, als wenn er Deutschland seiner unveränderlichen Freundschaft verschafft hätte. Freilich, auch wir wissen, daß eine Annahme und Verständigung nur erzielt werden kann unter Auswendung großer Vorsicht, wir hoffen dennoch auf sie. Und sie

wird kommen, weil sie kommen muß, weil der Friede Europas, weil der Friede der Welt für gebietserhalt fordern.

Westmann.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Wie Kaiser Wilhelm, der am 24. d. Ms. in Wien eintrifft, wird auch das deutsche Kronprinzenpaar auf der Reise aus dem Süden dem Kaiser Franz Joseph einen Besuch abstatten. Wie verläuft, ist hierauf der 9. April festgelegt.

* Die grundlegenden Bestimmungen der Verfassungskonferenz für Elsaß-Lothringen wurden nach den letzten Zusammensetzung des Bundesrats von der Reichsabstimmung angenommen. So wird denn dieser vierstufige Gesetzesentwurf höchstens bald zur Verabsiedlung im Reichstage gelangen.

* In parlamentarischen Kreisen herrscht man nun mehr das Gelehrte über die Errichtung von Reichsbahnlinien als endgültig geklärt. Auch die verbündeten Regierungen sollen ein Paket zusammen dieses Gesetzes in absehbarer Zeit für abgeschlossen halten. Die Erfüllung, bezüglich der Wirkbarkeit der Arbeiterschutzregel und der Unterstellung der Eisenbahnarbeiter unter dieses Gesetz zu einer Einigung mit der Mehrheit des Reichstages zu gelangen, sind gescheitert. — Auch die Verabsiedlung des Gesetzesentwurfs über die Privatbeamtenversicherung durch den gegenwärtigen Reichstag ist sehr fraglich geworden, da sich die verbündeten Regierungen entschieden haben, den Wünschen von befehliger Seite entsprechend die bestehenden Rasseneinrichtungen unter bestimmten Bedingungen zugestehen. Dies macht eine Umarbeitung des bestehenden Abschlusses des Entwurfs erforderlich, und da auch noch andere Teile abgedämpft werden müssen, so ist kaum anzunehmen, daß der Entwurf in der neuen Gestalt rechtzeitig genug fertiggestellt wird, um noch im Bundesrat und im gegenwärtigen Reichstage durchzutragen werden zu können.

* Dem preußischen Abgeordnetenkreise sind schon wiederholte Anträge und Anträge zugegangen, in denen gefordert wird, daß auch die Volkschullehrer befähigt seien sollen, die Stadtverordnetennamen zu übernehmen, was bekanntlich die Städteordnung für die alten preußischen Provinzen verbotet. Ein solcher Antrag hat auch jetzt wieder vorgetragen, er ist aber nach kurzer Debatte zurückgestellt worden, da demnächst der Regierung eine Ergründung zur Stadtordnung vorgelegt werden wird, wobei dann auch diese Frage endgültig entschieden werden soll.

Frankreich.

* Die Marokkofrage steht wieder einmal im Mittelpunkt des Interesses. Die französische Regierung hat amlich nach Berlin mitgeteilt, daß sie bedeutende Truppen verstärkungen nach Tanger und El Djedid fordern will, um in diesem Gebiet die fremden Interessen, die durch Afrikareise bedroht sind, zu schützen. Es ist bemerkenswert, daß die Regierung (und mit ihr die Mehrheit des Parlaments) eine Bezeichnung dieser Truppenverstärkung in der Räume nicht zugestanden hat. Daraus darf man schließen, daß Frankreich mit seinem Vorstoß gezielte Zwecke verfolgt, die es unter dem Deckmantel der Allgemeinheit zu erreichen versucht.

Belgien.

* Der Kammer ist der Entwurf eines neuen Schulgesetzes zugegangen, das 1914 in Kraft treten soll. Der Gesetzesentwurf bringt allerdings keinen zwangsweisen Schulunterricht, auch aber einen moralischen Druck auf die Eltern auszuüben.

Portugal.

* In Seubal ist es zu größeren Streiken unruhen gekommen, die jedoch mit Hilfe der Polizei unterdrückt werden konnten. Das aus diesem Anlaß erneut aufgetauchte Gericht, daß die innerpolitischen Verdammisse sich überhaupt schwierig gestaltet hätten, werden von der Regierung als Erfindung geltend gemacht. Das Land ist völlig ruhig und muß den Vor-

G. Gil, in höchster Spannung griff Wigand zu Ursulas Brief: Was würde sie ihm sagen? Doch wie er das Kuvert anstreichen wollte, blieb er plötzlich etwas stotter, zögerte. Mein Gott! — Ein Jahr her Schreden ließ ihm plötzlich das Herz stocken. Das war doch nicht etwa? — ungestüm zerstörte er den Umschlag — da blinzelte es plötzlich golden auf und hielt vor Gedächtnis: ein beller, metallener Klapp, ein elastisches, nochmaliges Aufschlagen und leises Rollen auf dem Fußboden, bis es still ward — sein Ring, den er Ursula an den Finger gesteckt hatte. Die Knie verlagerten Jörg plötzlich den Dienst. Er ließ sich auf die Chaiselongue sinken und sah so einige Augenblicke starr und unbeschreiblich, einen leichten, scharfen Schmerz in der Brust. Dann hob er langsam den Brief empor und las:

Jörg!

Es ist aus — es muß aus sein mit uns! In der Minute, wo sie uns heute vorwitzig den ungeliebten, armen Fred blühsam brachte, von Deiner Hand hingegeben, ins Haar trugen, ließ sie es auf in mir: „Es ist aus! Du fannst die Hand, an der Menschenblut siebt, nie wieder berühren. — Abheben, Entsehen müssen dich töten!“

Und jetzt abends, wo ich alles noch einmal überdachte, was ich Hunderte von Tagen an diesem feindselischen Tage durchgedacht habe bis zum Wahnsinnwerden, jetzt steht mir diefele Gewissheit klar vor der Seele, nur noch viel deutlicher und läuter als bisher: Es ist aus — es muß aus sein!

Ich kann mich nicht mehr an Deiner Seite

reihungen für die Wahl beschäftigt, die im nächsten Monat stattfinden sollen.

Westen.

* Der Streit um die Handelsrechte der Russen in der Mongolei hat nun eine erste Wendung genommen, da die Chinesen eine vorbehaltlose Anerkennung dieser Rechte ablehnt haben. Trotzdem ist an eine augenblickliche Kriegsgefahr nicht zu denken. Die russische Regierung hat zwar eine erste Note nach Peking gerichtet, doch bislang sie ist noch keine Folgen lassen. Man wird sich falls China keine befriedigende Antwort erteilt, damit beginnen, einen kleinen Gebietsteil der Mongolei zu besetzen, womit der Streit — bis auf weiteres — beendet wäre.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag setzte am Dienstag die zweite Sitzung fort. Abg. Hansen (Düsseldorf) stellte Beschwerde über mißbräuchliche Anwendung des Berichtigungsgesetzes. Abg. Graf Ranft (Konst.) verlangte kürzliche Maßnahmen gegen die ungefundene Auswirkung des Vorwurfs. Abg. Högl (Ing.) führte Beschwerde über nicht genügende Bekämpfung der Arbeiterschwäche und die Auslösung der Jugendorganisationen. Staatssekretär Delbrück hat die Bedeutung des Reiches und der Einheiten um die kulturelle und wirtschaftliche Erziehung des Arbeitersandes herum. Den Bergmännern im Bergbau werde fortgezeigt die größte Kulturlosigkeit gelehrt, doch sei ein erprobtes Wissen eines Kaufmanns wertvoll. Des weiteren lehrt der Staatssekretär die Errichtung einer Zentralstelle für Kartographie ab. Im Laufe der weiteren Debatte wurde noch über Mittelkostengrenzen, Arbeitswillenssatz und verschiedene andre Dinge debattiert.

Am 15. d. Ms. wird die Beratung des Gesetzes für das Reichssamt des Innern fortgelegt.

Abg. Graf Hartmann (Bielefeld-Stolz): Graf Ranft hat schon seiner Freude über die agrarfreundliche Haltung der Nationalliberalen Ausdruck gegeben. Der Handel aber geht in diese Agrarkontinuität nicht hinein; er kontrahiert Gegensätze zwischen Landwirtschaft und Industrie. Die Sozialpolitik belässt besonders den gewerblichen Mittelstand. Der Mittelstand aber ist das Rückgrat unseres ganzen Staateswesens und darum muß ihm jede unannte Konkurrenz ferngehalten werden. Deshalb dienen wir Sie, um die Resolution, die eine besondere Gewähr für Wanderer schaffen will, anzumessen. Die Wanderlager, die handwerklichen Mannschaften führen, werden das Publikum nur zu munizipalen Ausgaben herabsetzen. Werden verunsichert ist aber, daß Kommunale und Staatliche Beamte Waren im Großen wie über ihren eigenen Bedarf beziehen, und damit einen gewaltigen Handel betreiben. Auch Dienstleute sollen diesen Handelszweck ihnen dienstbar gemacht werden können. Das entzieht nicht der Würde des Beamten. Die Warenhausbauern sollte regeln, und die Konkurrenz allgemein zu einer entsprechenden Steuer herangezogen werden. Das Überhandnehmen der Schwundlager ist zu einer nationalen Gefahr geworden. Bei den obigen Poststellen in den Saarlandern kann von Staat nicht mehr gesprochen werden. Auf deren schmäleren Bildern ist das Weiß nur noch das Objekt der Lüste. Wir schenken darin eine Herabmilderung der deutschen Frau. Wie steht es abgesehen mit der Zwangsaufsicht für Automobilisten?

Staatssekretär Delbrück: Mit dem Vorredner hält ich einen Detailhandel der Beamten, zumal in den Dienstakten, für unzulässig. Gegen diese Mißbräuche sind entsprechende Anordnungen erlassen, so daß wir ein Gesetz dazu nicht brauchen. In der Frage der Besteuerung der Warenhäuser und der Konkurrenz ist die Landesbevölkerung zuwändig. Es muß den Bundesstaaten überlassen, wie weit sie eine Besteuerung vornehmen wollen. Die schweren Pflichten auf dem Gebiete der Schwundlager gebe ich durchaus zu; aber eine Änderung der Gesetzegebung ist hiergegen nicht erforderlich. Die bisherigen Bestimmungen genügen vollkommen, wenn sie gegen die wirkliche unsittliche Literatur mit Energie angewandt werden.

Gegen die Schundliteratur ist ein gelegentliches Einschreien sehr schwierig. Wer hofft und aber an die Bundesstaaten mit der Bitte um Vorredner gewandt und die Mehrheit der eingelaufenen Abgeordneten steht dahin, die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Kolportage zu ändern, die Kolportage im Gebiete des Kolporteurs zu verbieten und die Strafbestimmungen zu verschärfen. Die Autoweltmarken als Geschwindigkeitsverhältnisse werden ganz verschwinden, aber die Juwelenfachhändler sind nicht zu entbehren.

Abg. Giesbert (Berlin): Wir bedauern die Sitzung der verbündeten Kreuzungen zum Arbeitshammerfest. Wir meinen, daß die Bildungsämter, die sich gelöst gemacht haben, sich doch überwinden lassen, und daß das Gesetz noch in dieser Sitzung verschoben werden könnte, ebenso wie die Reichsverfassungserordnung und das Handelsordnungsgesetz. Die Regelung des Privatdeutzenrechts sollte der erste Schritt auf dem Wege zur Reform der Gewerbeordnung sein. Der Vorwurf, daß wir die Entwicklung der Gewerbebehörden behindern, trifft nicht zu. Die größten Segne des Gewerbebehörden bewegen sich in den Reihen der Sozialdemokratie. Die

Gefahr der Arbeitsmonopolisierung liegt von der Sozialdemokratie vorbereitet wird, die systematische Ausübung der christlichen Arbeit ist viel schlimmer als die arglose Schottmacherei von der Gegenpartei. Ich habe nie gelebt, solche Dinge hier zu beobachten, aber es muß doch mal geschehen. Sie stellen den Grundstein auf: ohne Rot kein Gold. Die Freiheit der Arbeiter ist vom Zentrum nicht bedroht. Warum hat trotzdem Herr Hitler solche ganze Worte gegen uns gerichtet, die Nationalliberalen aber so artig behandelt? Wir werden die Freiheit der Arbeiter gegen jeden Terrorismus aufrecht erhalten.

Abg. Sachse (Bielefeld): Was haben denn die beiden dreifachen Arbeiterschätzerei im Reichstag gegen Sie? Unter anderem befürworten Sie diese Herren, und gegenüber sind Sie eins. Sie treiben ein falsches Spiel mit den Arbeitern. Das Arbeiterschaft verhindert ihre Bildung der eigenen Arbeit, nicht dem Staate. Der sozialdemokratische Terrorismus ist nicht so schlimm, wie der der Untergangnehmer. Redner geht ausdrücklich auf die Bergarbeiter ein und verlangt ein Reichsberatung.

Abg. Schwabach (notab): Der sozialistischen Resolution zwecks lokaler Handhabung des Berichtigungsgesetzes stimmen wir zu. Die Auswendung des Gesetzes, besonders des Strafparagraphen, entwirkt nicht unseren Wünschen. Die wirtschaftliche Bedeutung Preußens ist vollständig verloren.

Abg. Gothein (Hochstett. Bp.): Den Abbau der Schutzpolizei werden wir nach vorher verlangen. Wir sind längst über den Schutzpolizeiausgangsstand. Durch die bösen landwirtschaftlichen Sölden werden nur die Güterwerke gefeuert. Die günstige Lage der Landwirtschaft ist eine Folge der wachsenden Industrie. Sozialpolitik belässt besonders den gewerblichen Mittelstand. Der Mittelstand aber ist das Rückgrat der Verteilungspolitik.

Dies haben die Nachwahlen bewiesen. Die Nationalliberalen werden wohl kaum einer Politik des Sammeln folgen. Meine Freunde denken nicht daran, sich daran zu beteiligen. Wann kommt endlich das Koalitionsräte für die Landwirtschaft? Der Landwirtschaftsrat ist lediglich eine Vertretung des Großgrundbesitzes. Gedenkt in der Zentralbank der Industriekreis nicht die Bezeichnung der Industrie?

Abg. Walda (Bole) beläßt den Niedergang des Arbeiters im oberösterreichischen Industriebezirk und die Schwierige über schlechte Bedeutung der nationalen Arbeiter auf der Donau-Märkte. Die Unternehmer-Millionäre haben kein Herz für ihre Arbeiter. Wegen der kleinen Bergwerke gegen die Gewerbeordnung hilft man sie vor den Richter. Bei uns sind die Gerichte nicht so objektiv wie in Berlin.

Wir wünschen und Moabiter Richter.

Redner gibt in außerster Erregung Schlägereien von den Verhältnissen der Arbeiterschaft und ihrer Familien in seinem Sprengel und verklamt durch die überaus brutale und eindringliche Art des Arbeiters das gesamte Haus um die Rednertribüne. Der Redner ist das einzige, was man den Beamten dort bei uns gibt. Der Redner erhält das Recht unter dem Vorredner zu sprechen. Als der Redner unter dem Vorredner vorsteht, den Polen und Sozialdemokratien steht, wird er nicht mehr mit der Bezeichnung „Sozialdemokrat“ gehabt. Abg. Stöcklin: Und was sagt Herr Delbrück dazu?

Ein Schlußantrag wird gegen die Linke angekommen.

Nach verbündeten Bewilligungen wird das Gesetz des Staatssekretärs beschließen. Dann wird über die Sitzung der vorliegenden Resolution abgestimmt. Angenommen werden u. a. die Resolutionen über die Bezeichnung von Dienstleistern an das organisierte Handwerk, einer über die Wanderlager, auf Gründung eines Reichsberatungsgesetzes, über das Petroleummonopol auf Errichtung einer dezentralen Rohstoffabteilung und die Sicherung einer einheitlichen Rohstoffabteilung sowie die Zusammenlegung kleiner Rohstoffbetriebe.

Darauf verzagt sich das Haar.

Gegen die Schundliteratur ist ein gelegentliches Einschreien sehr schwierig. Wer hofft und aber an die Bundesstaaten mit der Bitte um Vorredner gewandt und die Mehrheit der eingelaufenen Abgeordneten steht, die Gewerbeordnung zu ändern, die Kolportage im Gebiete des Kolporteurs zu verbieten und die Strafbestimmungen zu verschärfen. Die Autoweltmarken als Geschwindigkeitsverhältnisse werden ganz verschwinden, aber die Juwelenfachhändler sind nicht mehr vorhanden.

Wigand ist auf und Mantel an und steht die Wohnung wieder. An dem nächstgelegenen Platz näherte er einen Dienstmädchen. Sie lächelte ihn an und schenkte ihm einen Kuss.

„Sie sind eine gute Dienstmädchen.“

„Nein, Sie sind eine gute Dienstmädchen.“

„Sie sind eine gute Dienstmädchen.“

„Nein, Sie sind eine gute Dienstmädchen.“

„Sie sind eine gute Dienstmädchen.“

„Nein, Sie sind eine gute Dienstmädchen.“

„Sie sind eine gute Dienstmädchen.“

„Nein, Sie sind eine gute Dienstmädchen.“

„Sie sind eine gute Dienstmädchen.“

Ursula Drentz.

7) Roman von Paul Graeben.
(fortgesetzt.)

Eine liefe Reue besiegte Wigand, wenn er nur an Ursula dachte, wos er ihr alles für Aufregungen und Schrecken bereitet hatte. Am liebsten wäre er ja gleich an ihr geblieben, und hätte sie inständig um Begegnung gebeten, die fast seine innere Mondlung gelobt. Aber er wollte sie nicht so versetzen und niedergebringen gegenübertreten und auch ihr noch etwas Zeit gönnen, sich wieder von all dem Furchtbaren zu erholen. Doch heute nachmittag, da wollte er zu ihr gehen und alles ins reine bringen. Und der Gedanke daran gab ihr schon sehr eine beschämende, lästige Zuversicht.

So kam Wigand nach Hause zurück. Er fand seine Wohnung leer. Die Wurstarbeiterin, die nur während der Sprechstunden dort anwesend war, hatte sie bereits wieder verlassen. Um so besser, so konnte er ganz ungestört ein paar Stunden ausruhen. Von einem heimlichen Bedürfnis nach erquickendem Schlummer gelockt, ging Wigand in sein Schlafzimmer, saß auf die Chaiselongue zu werken: aber wie er, das Fenster zu schließen, am Leuchterlicht neben dem Fußbett vorbeilief, sah sein Bild auf einer Welt — die Ansicht ihres Urwalds — und seine Augen blitzten auf.

„Jörg! Ich kann mich nicht mehr an Deiner Seite

denken, Jörg. Ein Grauen schüttelt mich bei dem Gedanken: Du, der Du das vermöcht — ein bläbendes, hoffnungsvolles Menschenleben mit kalter Hand hinzuholen Deiner grausamen, lächerlichen Eiferlust. Deinem brutalen Jähzorn — nein und tausendmal nein!“

„Ich vermag es nicht! Alles, was eins Wärme und Zärtlichkeit bringt, in mir war für Dich — Du selber hast es getötet, vernichtet, wie den Unschuld